

Antrag

der Fraktion Die Linke

Fachlichkeit vor Sparpolitik: Keine Leistungskürzungen bei Jugend- und Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene sowie gegenüber Ländern und Kommunen gegen jede Form von Kürzungsvorschlägen in der Eingliederungs- und Jugendhilfe einzusetzen, die dazu führen, dass Rechtsansprüche und Qualitätsstandards für Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und ihre Familien abgebaut oder eingeschränkt werden,
2. sich dafür einzusetzen, dass über Reformvorschläge nach Fachlichkeit und nicht nach dem potenziellen Einsparvolumen entschieden wird,
3. sich dafür einzusetzen, dass bei allen Reformüberlegungen die Bedarfe und Lebenslagen der betroffenen Menschen handlungsleitend sind, wobei das Recht auf Selbstbestimmung Kern der Bedarfsfeststellung sein muss,
4. bei der Bewertung von Reformvorschlägen neben den sozialen Auswirkungen auch die langfristigen finanziellen Folgewirkungen sowie die präventiven Effekte von frühzeitigen Unterstützungsmaßnahmen zu berücksichtigen,
5. darauf hinzuwirken, dass bei der Erarbeitung von Reformvorschlägen Vertreter:innen von Gewerkschaften, Verbänden, Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen aktiv beteiligt werden.

Begründung:

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat am 16. April 2026 ein aktuelles Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden veröffentlicht, das massive Kürzungsvorschläge bei Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen beinhaltet. Unter der Überschrift "Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen" werden auf über 100 Seiten Vorschläge erarbeitet, um Transferausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Eingliederungshilfe im Sinne kommunaler Kassenlage aber auch der Länderhaushalte zu senken.

Individuelle Rechtsansprüche auf Schulbegleitung sollen gestrichen, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, die Nachbetreuung junger Erwachsener aus der Jugendhilfe abgeschafft, der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende zusammengestrichen werden. Einige dieser Kürzungsvorschläge widersprechen eklatant der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention.

Mehr als 8,6 Milliarden Euro sollen durch mehr als 70 Kürzungsvorschläge eingespart werden. Das tatsächliche Kürzungsvolumen liegt erheblich höher, da knapp zwei Drittel aller Vorschläge gar nicht mit Zahlen unterlegt sind. Das Papier wurde von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erstellt, jedoch ohne Beteiligung von Gewerkschaften, Verbänden und Interessenvertretungen.

Die Vorschläge wurden offensichtlich mit der Intention erstellt, Einsparungen bei den Transferleistungen zu erzielen. Die fachliche und sozialpolitische Perspektive sowie die Perspektive der Betroffenen, die die Auswirkungen direkt zu spüren bekommen, wurden völlig außen vor gelassen. Zahlreiche der im Papier diskutierten Vorschläge zielen darauf ab, Leistungsansprüche einzuschränken, Zugangsvoraussetzungen zu verschärfen oder Qualitätsstandards abzusenken.

Damit besteht die Gefahr, dass notwendige Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche, Familien und Menschen mit Behinderungen künftig später, eingeschränkt oder gar nicht mehr gewährt werden. Kurzfristige Einsparungen würden dadurch zulasten der Betroffenen gehen und zugleich langfristig zu höheren gesellschaftlichen und finanziellen Folgekosten führen.

Vor diesem Hintergrund muss sich das Land Berlin sowohl im Interesse der Betroffenen, als auch im eigenen Interesse, klar gegen die Kürzungsvorschläge positionieren. Zugleich sollte sich Berlin dafür einsetzen, dass Reformvorschläge im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe primär nach fachlichen Kriterien und ihren langfristigen gesellschaftlichen und finanziellen Auswirkungen bewertet werden.

Nur so kann sichergestellt werden, dass notwendige Reformen nicht allein aus kurzfristigen Haushaltsüberlegungen heraus erfolgen, sondern die Rechte und Bedarfe der betroffenen Menschen sowie die langfristige Stabilität des sozialen Sicherungssystems in den Mittelpunkt stellen.

Berlin, den 28.04.2026

Helm Schulze Kittler Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke